

Der Untergang des Staatssozialismus: Vergangenheits- und zukunftsgerichtete Herausforderungen an die soziologische Gesellschaftstheorie

Schimank, Uwe; Weyer, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schimank, U., & Weyer, J. (1996). Der Untergang des Staatssozialismus: Vergangenheits- und zukunftsgerichtete Herausforderungen an die soziologische Gesellschaftstheorie. In L. Clausen (Hrsg.), *Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995* (S. 179-190). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140713>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Untergang des Staatssozialismus: Vergangenheits- und zukunftsgerichtete Herausforderungen an die soziologische Gesellschaftstheorie

Uwe Schimank und Johannes Weyer

Einleitung: Das Versagen der soziologischen Gesellschaftstheorie

Die gesellschaftlichen Umbrüche in Mittel- und Osteuropa haben die Soziologen ebenso überrascht wie die Beteiligten und Betroffenen selbst. Allein dies ist eine Herausforderung für die soziologische Gesellschaftstheorie, die bis zuletzt nicht bemerkt hatte, wie brüchig die staatssozialistischen Gesellschaftssysteme binnen kürzester Zeit geworden waren. Zwar ist richtig, worauf Ulrich Beck (1992) die Soziologen und ihre Kritiker hingewiesen hat: daß Talcott Parsons (1964) und Ralf Dahrendorf (1965) bereits Mitte der Sechziger Jahre die strukturellen Selbstblockaden der staatssozialistischen Gesellschaften festgestellt hatten. Aber wann und auf welche Weise diese chronische Instabilität in akute Destabilisierung übergehen würde und was danach kommen könnte, hat kein Soziologe zu prognostizieren gewagt.

Ist das als Versagen einzustufen? Oder heißt Herausforderung lediglich, daß die Soziologen wenigstens im Nachhinein besser verstehen sollten, warum die Umbrüche stattfanden? Auch dieses Verständnis von Herausforderung wäre wie das vorausgegangene noch vergangenheitsgerichtet, könnte aber zukunftsgerichtet gewendet werden. Die Gesellschaftstheorie könnte sich darum bemühen, anhand der zurückliegenden Umbrüche bessere Konzepte und Modelle abrupten und tiefgreifenden institutionellen Wandels zu erarbeiten, um so ein theoretisches Instrumentarium zur Analyse zukünftiger Umbrüche zu entwickeln.

Die soziologische Gesellschaftstheorie hatte vor allem deshalb so wenig zu den Transformationen der staatssozialistischen Gesellschaften zu sagen, weil sie sich auf die Betrachtung hochentwickelter westlicher Gesellschaften und hier vornehmlich auf deren tatsächliche oder befürchtete Fehlentwicklungen konzentriert hatte. Es muß die Frage erlaubt sein, ob die Umbrüche in Mittel- und Osteuropa diese verengte Perspektive nicht grundsätzlich in Frage stellen. Wie

bereits Wolfgang Zapf (1991) bemerkt hat, verlieren die von Beck (1986), Habermas (1981) und Luhmann (1986) identifizierten Probleme der westlichen Gesellschaften offenbar durch die Folgewirkungen der Veränderungen, die in ihrer internationalen Umwelt stattfinden, erheblich an Bedeutung. Auch das wäre eine zukunftsgerichtete Herausforderung soziologischer Gesellschaftstheorie.

Wir wollen in diesem Beitrag sowohl die vergangenheits- als auch die zukunftsgerichteten Herausforderungen annehmen. In einem ersten Schritt fragen wir: Welche Art von Gesellschaftstheorie hätte man benötigt, um die Umbrüche besser antizipieren zu können? (Kap. 1) Daran schließt sich als zweiter Schritt die Frage an: Was läßt sich auf der Basis einer solchen Theorie über den weiteren Verlauf der Umbrüche sagen? (Kap. 2) Die Frage nach deren möglichen Rückwirkungen auf die westlichen Gesellschaften sparen wir aus, weil sie ein eigenes Thema wäre.

1. Die vergangenheitsgerichteten Herausforderungen: Komponenten einer soziologischen Theorie der Transformation staatssozialistischer Gesellschaften

Der Untergang staatssozialistischer Gesellschaften wird in der kaum noch überschaubaren Literatur zumeist auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt, die sich zum Theorem der »blunted differentiation« (Colomy 1990: 470) bündeln lassen. In diesen Gesellschaften habe eine *politische Übersteuerung* aller gesellschaftlichen Teilsysteme stattgefunden, die deren funktionale Eigenlogiken mißachtete und so Modernisierungsprozesse blockierte. Nur hinreichend autonome Teilsysteme vermögen jedoch ihre volle Leistungsfähigkeit zu entfalten. Eine politisch unter einengender Kontrolle gehaltene Gesellschaft weise daher strukturelle Leistungsschwächen und Innovationsblockaden auf, die sich in der globalen Konkurrenz mit den entwickelten westlichen Gesellschaften zu einer Abwärtsdynamik verdichteten und so den Untergang des Staatssozialismus unaufhaltsam machten (vgl. Pollack 1990, Adler 1992, Krüger 1992).

Diese differenzierungstheoretische Analyse identifiziert zweifellos zentrale strukturelle Defekte staatssozialistischer Gesellschaften. Allerdings läßt sich ihr weder entnehmen, *daß* diese Gesellschaften zwangsläufig zusammenbrechen mußten, noch *wann* dies geschehen würde; auch zum weiteren Verlauf der Entwicklung nach dem Umbruch machen sie keine Aussagen. Mehr noch: Bereits die Antwort auf die Frage, warum die politische Spitze staatssozialistischer Gesellschaften das Postulat der Effizienz in Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung usw.

durch die *politische Strangulierung von Modernisierungstendenzen* mißachtete, bedarf einer *akteurtheoretischen Ergänzung*. Denn dieses Handeln ging ja gerade nicht auf irgendwelche funktionalen Erfordernisse, sondern auf das Interesse der Machteliten dieser Länder zurück, die eigene Position abzusichern.

Auch die – von uns geteilte – These, daß politische Übersteuerung die Leistungsdefizite der gesellschaftlichen Teilsysteme anhäuft, statt deren Leistungspotentiale durch wechselseitige Korrektur und Stimulanz zu einer produktiven Dynamik zu bündeln, gewinnt ihre Prägnanz erst durch akteurtheoretische Präzisierungen. Denn nur akteurtheoretisch läßt sich rekonstruieren, wie der Primat der Politik, repräsentiert durch die Parteiführung, in allen gesellschaftlichen Teilbereichen die innovativen Dynamiken stilllegte, die sich aus den interessengeleiteten Handlungen von individuellen Akteuren hätten ergeben können. Die *Defekte einer unvollständigen funktionalen Differenzierung* werden nämlich erst manifest, wenn der strukturelle Konservatismus einer politisch kontrollierten Gesellschaft durch innovatives Handeln individueller Akteure nicht korrigiert werden kann. Denn Modernisierungsdefizite sind durchaus beherrschbar, wenn die Gesellschaft ihre Mitglieder als Frühwarnsysteme nutzt. Dafür wäre eine *Verknüpfung formeller und informeller Strukturen* auf unterschiedlichen Ebenen der Gesellschaft erforderlich (vgl. u.a. Meyer/Rowan 1977, Brunsson 1982). Genau das war in staatssozialistischen Gesellschaften jedoch aus Gründen der Herrschaftssicherung nicht der Fall. Die Individuen wurden durch eine kompensatorische Politik zwar so weit *an* den Staat gebunden, daß sie nicht aufbegehren; aber sie wurden nicht *in* die aktive Gestaltung der Gesellschaft eingebunden. Weil die informellen Strukturen der staatssozialistischen Gesellschaft somit nur als Sicherheitsventil zur Abwiegelung überschießender Unzufriedenheit oder als Instrument des Krisenmanagements fungierten, nicht aber als ständiger Stachel im Fleisch der etablierten Strukturen, konnten Leistungsdefizite nicht behoben werden.

Mit Hilfe einer akteurtheoretisch angereicherten Differenzierungstheorie läßt sich also folgendes Fazit formulieren: *Staatssozialistische Gesellschaften waren chronisch instabile Gesellschaften*, weil sie keine systematischen Wege fanden, strukturelle Defekte zu korrigieren. Die Möglichkeiten zur Selbstkorrektur, die in informellen Strukturen angelegt sind, wurden nicht genutzt, weil die politische Steuerung aus übergeordneten Gründen der Herrschaftssicherung zentralistisch, dogmatisch und autoritär statt dezentral, plural und lernbereit war. Es gelang den herrschenden Eliten so über mehrere Jahrzehnte, den Destabilisierungstendenzen durch einen Policy-Mix aus Repression und Kompensation die Schärfe zu nehmen und den akuten Zusammenbruch zu verhindern. Daß die staatssozialistischen Gesellschaften dann doch zusammenbrachen, ist rein diffe-

renzierungstheoretisch nicht begreifbar. Denn zwischen der *differenzierungstheoretischen Strukturanalyse*, die die *chronische Instabilität* der staatssozialistischen Gesellschaften zu begründen vermag, und dem *historischen Prozeß der akuten Destabilisierung* klafft eine breite Prognose- und Erklärungslücke. Nur unter Hinzuziehung von Variablen, auf die eine akteurtheoretisch-institutionalistische Perspektive hinweist, kann diese Lücke zumindest partiell geschlossen werden (vgl. auch Merkel 1994).

Analysen des *rationalen Wahlhandelns individueller Akteure* und des daraus hervorgehenden kollektiven Handelns erklären das Umschlagen von stillschweigender Anpassung in kollektiven Protest als Prozeß der Aggregation individueller Handlungen (vgl. Prosch/Abraham 1991, Opp 1991, Tietzel et al. 1991, Mühler/Wippler 1993). Solche Analysen können damit einen wichtigen Teilbeitrag zur Beantwortung der Frage liefern, warum chronische Instabilität in akute Destabilisierung übergeht. Sie interpretieren die relevanten Entscheidungen sowohl der herrschenden Eliten als auch der oppositionellen Kräfte als zielgerichtete Alternativwahlen (choices) im Rahmen von Restriktionen (constraints). Da alle Akteure ihren Entscheidungen normalerweise relativ kurzfristige situationsspezifische Kalküle zugrundelegen, muß das Gesamtergebnis keineswegs das für alle langfristige beste sein (vgl. Elster 1979, Przeworski 1986).

Die Entscheidung jedes einzelnen Individuums zur Teilnahme am Protest gegen das etablierte Regime hat zur Voraussetzung, daß eine nennenswerte *Unzufriedenheit* existiert, die sich entweder aus nicht erfüllbaren politischen Inklusionsansprüchen oder aus frustrierten Ansprüchen auf ökonomische Bedürfnisbefriedigung speist. Den Zusammenhang zwischen den beiden Quellen von Unzufriedenheit kann man in Albert Hirschmans (1970) Terminologie folgendermaßen formulieren: Wenn die aus Zufriedenheit in der Konsumentenrolle herrührende »loyalty« schwindet und zugleich in der Staatsbürgerrolle keine effektive Möglichkeit für »voice« geboten wird, also die Gesellschaftsmitglieder nicht sehen, wie sie auf politischem Wege ihre wirtschaftliche Unzufriedenheit beseitigen können, bleiben ihnen prinzipiell nur drei Reaktionsmöglichkeiten: Sie können erstens durch »exit« die Gesellschaft in Richtung einer anderen verlassen, in der sie sich bessere Chancen versprechen. Sie können zweitens Formen von »voice« entwickeln, die jenseits dessen liegen, was in der etablierten Staatsbürgerrolle zugelassen wird. In dem Maße, wie ihnen dies beides verwehrt bleibt, bleibt den Gesellschaftsmitgliedern schließlich drittens nur der Rückzug in ein apathisches Aushalten der unbefriedigenden Zustände. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften ging darauf zurück, daß die dritte Reaktionsmöglichkeit massenhaft in die anderen beiden umschlug und diese einander verstärkten (vgl. Hirschman 1992). Dieses Umschlagen von passi-

vem Erdulden zu aktivem Handeln setzte allerdings voraus, daß in der Wahrnehmung der Gesellschaftsmitglieder *alternative Handlungsoptionen* auftauchten, die für jeden einzelnen nicht nur hinreichend attraktiv, sondern auch hinreichend realisierbar erschienen. Dem liegt eine Dynamik zugrunde, die sich aus einer wechselseitigen Verstärkung von nachlassender staatlicher Repression und selbstorganisierendem Protest ergibt. Sofern diese Dynamik, wie andere soziale Diffusionsprozesse auch, eine kritische Schwelle überschreitet, gibt es schnell kein Halten mehr.

Als Fazit dieser Überlegungen zur – rückwärtsgewandten – Erklärung der Umbrüche in Osteuropa plädieren wir also für eine *Kombination* der Theorie gesellschaftlicher Differenzierung mit Theorien kollektiven Handelns als eines Segments der akteurtheoretisch-institutionalistischen Perspektive. Wir meinen, daß eine bessere Vorausschau der Umbrüche möglich gewesen wäre, wenn man genauer auf die so hervorgehobenen Variablen geachtet hätte. Eine zeitlich und sachlich treffsichere längerfristige Prognose der Ereignisse wäre allerdings auch mit dieser Theoriekombination nicht möglich gewesen, da in konkreten historischen Abläufen immer wieder zahlreiche »Cournot-Effekte« (Boudon 1984: 173-179), also koinzidentielle Kausalitäten, auftreten.

Eine Gesamtschau der Umbruchvorgänge muß freilich auch die Prozesse der – noch nicht abgeschlossenen – Restabilisierung, also des Aufbaus neuer institutioneller Ordnungen in den postsozialistischen Ländern einbeziehen. Für diesen Schritt müssen wir ein weiteres Segment der akteurtheoretisch-institutionalistischen Perspektive heranziehen: die Theorie der Verhandlungsnetzwerke korporativer Akteure.

2. Die zukunftsgerichteten Herausforderungen: Postsozialistische Problemszenarien

Angesichts der koinzidentuellen Einwirkungen, die auch in der Restabilisierungsphase die Entwicklung mitbestimmen, sind präzise Prognosen komplexer Dynamiken selbst auf kürzere Sicht wohl nur selten möglich – und schon gar nicht auf dem abstrakten Betrachtungsniveau der vorliegenden Überlegungen. Aber immerhin lassen sich einige generelle Probleme identifizieren, die sowohl Wegmarken als auch Stolpersteine der laufenden Entwicklung sind.

Wichtig erscheint uns, daß beide Phasen des Umbruchs völlig unterschiedlichen Charakter tragen. Deshalb bestünde der größte Fehler darin, den Neuaufbau als Fortsetzung des Zusammenbruchs aufzufassen. Es handelt sich statt

dessen um *zwei hochgradig disjunkte Umbruchphasen*, zu deren Erklärung unterschiedliche theoretische Konzepte erforderlich sind. Der Zusammenbruch hat zwar die Voraussetzung des Neuaufbaus geschaffen, ohne dessen Verlauf jedoch eindeutig zu präjudizieren.

Der Zusammenbruch war, wie geschildert, ein *bipolarer konfrontativer Konflikt* zwischen den *etablierten korporativen Akteuren* von Staat, Partei und Militär auf der einen sowie *massenhaftem kollektivem Protesthandeln* auf der anderen Seite. Es gab in Gestalt des Status quo eine Position, die mit einer Gegenposition konfrontiert wurde; und diese war als Negation eindeutig und einigend. Als »focal point« (Schelling 1960) des Protests machte das Bestehende jede differenzierte Willensbildung und damit auch die Strukturen eines übergreifenden korporativen Akteurs unnötig. Der in Gang befindliche Neuaufbau ist demgegenüber ein *pluraler Konflikt*, weil es nun nicht mehr um ein allen gemeinsames »So nicht!« geht, sondern darum, wie die Gesellschaft positiv gestaltet werden soll. Die Negativkoalition zerfällt entsprechend der Heterogenität der sozialen Lagen in eine Vielzahl von teils graduell, teils radikal divergierenden Interessen. Damit stellt sich die Akteurkonstellation spieltheoretisch als ein N-Acteur Battle of the Sexes dar: Alle Beteiligten sind zwar daran interessiert, eine neue institutionelle Ordnung der Gesellschaft zu etablieren, um eine dauerhafte Erwartungssicherheit aufzubauen; aber jeder möchte diese Ordnung möglichst vorteilhaft für sich gestalten, was für andere Nachteile bringt, so daß diese sich dagegen wehren werden (vgl. Schimank 1992a).

In dieser Situation sind »Runde Tische« eine temporär funktionale Form der Auseinandersetzung zwischen kollektiven Akteuren. Solche offenen Diskursforen fördern die *Transformation kollektiver in korporative Akteure*. Denn für die Herausbildung korporativer Akteure, vor allem in Gestalt von Parteien und Verbänden, ist erforderlich, daß sich konkrete Interessenorientierungen verdichten. Erst mit korporativen Akteuren als Elementen ist der Aufbau von *Verhandlungsnetzwerken* möglich, in denen das Battle-Dilemma überwindbar wird. Kollektive Akteure besitzen aufgrund mangelnder Verpflichtungsfähigkeit gegenüber den ihnen angehörenden individuellen Akteuren keine Verhandlungsfähigkeit nach außen (vgl. Scharpf 1990: 17-18). In Verhandlungen zwischen korporativen Akteuren lassen sich hingegen Kompromisse, Koalitionen oder Mehrheiten schaffen, die benötigt werden, um Elemente der neu aufzubauenden institutionellen Ordnung zu etablieren.

Das massenhafte Protesthandeln fällt aus diesen Policy-Netzwerken heraus. Die Nicht-Identität von gesellschaftlich vorhandenen und in den Netzwerken repräsentierten Interessen ist somit ein unvermeidlicher Instabilitätsfaktor der neuen institutionellen Ordnung. Natürlich gilt das gleiche auch für westliche

Länder. Aber als Stachel der Unzufriedenheit dürfte die Nichtberücksichtigung von Interessen innerhalb der Policy-Netzwerke desto stärker wirken, je weniger gefestigt die institutionelle Ordnung ist.

Korporatisierung bedeutet in diesem Sinne eine gewichtige Akzentverschiebung der Interessenauseinandersetzungen. Die sich so ergebende »mobilization of bias« (Schattschneider 1960: 20-45) läßt sich folgendermaßen näher spezifizieren: Das massenhafte Protesthandeln nahm, wie angesprochen, primär die Interessen von *Publikumsrollen* auf. Im Unterschied dazu dominieren in den Policy-Netzwerken der Phase des Neuaufbaus die Repräsentanten von teilsystemischen *Leistungsrollen* – u.a. die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände oder die Verbände der Professionen des Gesundheits- oder des Bildungssystems (vgl. Mayntz 1993). Deren Interessen, die in vielen Hinsichten von denen ihres Publikums abweichen können, rücken nunmehr in den Vordergrund. Zwar bleibt das massenhafte Protesthandeln zumindest als latenter »veto player« (Tsebelis 1994) gegenüber Verhandlungslösungen virulent, die für das Publikum völlig inakzeptabel sind; je stärker gefestigt ein Netzwerk ist, desto indifferenter kann es jedoch derartigen Außeneinflüssen gegenüberstehen (vgl. Weyer 1993).

Eine weitere folgenreiche Einschränkung des Möglichkeitsraums bei der Schaffung einer neuen institutionellen Ordnung ergibt sich aus der spezifischen Logik von Verhandlungen als *horizontalen* Abstimmungen zwischen Akteuren – insbesondere wenn man diesen Typus von Transformation mit der Festlegung neuer institutioneller Strukturen durch einen übergeordneten Akteur vergleicht, wie dies etwa in der Zeit der alliierten Besatzung in Deutschland nach 1945 der Fall war. Ein übergeordneter Akteur vermag auch solche institutionellen Gestaltungen vorzunehmen, die bestimmten Akteuren Opfer auferlegen und andere bevorteilen, was nicht selten zum Wohle des jeweiligen Ganzen erforderlich ist. Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften hat allerdings zu einer gesellschaftlichen Machtfragmentierung geführt, die keinem Akteur und auch keiner Koalition von Akteuren eine unangefochtene Dominanz einräumt. Genau daraus ergibt sich, daß in den Policy-Netzwerken verhandelt werden muß: weil eben niemand etwas zu dekretieren vermag, sondern jeder Beteiligte eine erhebliche *Blockierkapazität* besitzt, die er ausspielen wird, wenn sich Lösungen abzeichnen, die ihm nicht genehm sind. In Verhandlungen über die Gestaltung einer institutionellen Ordnung ist daher eine wohlfahrtsökonomisch vorteilhafte soziale Kosten/Nutzen-Umverteilung nur äußerst schwer zu realisieren. Verhandlungen wohnt vielmehr eine Tendenz zu *pareto-superioren* Lösungen inne – also zu Verhandlungsergebnissen, die keinen Beteiligten schlechter stellen. Denn jeder Akteur wird – aus rationalen Gründen – solche Verhandlungsergebnisse blockieren, die ihm absolute oder zu große relative

Verschlechterungen auferlegen. Damit ist der Spielraum der institutionellen Neuordnung durch Verhandlungslösungen einerseits eingeschränkt; andererseits kann er jedoch durch »side-payments« oder ein kompromißhaftes »turn-taking« auch wieder situativ erweitert werden (vgl. Scharpf 1991: 20-29).

Resümierend läßt sich festhalten: Der Neuaufbau einer institutionellen Ordnung durch Verhandlungen in Policy-Netzwerken ist nicht unmöglich, aber schwierig und deshalb langwierig in einem doppelten Sinne. Zum einen wird es häufig geraume Zeit brauchen, bis bestimmte institutionelle Regelungen festgelegt werden können. Zum anderen werden diese Regelungen nicht selten relativ kurzlebig sein; der Neuaufbau wird also immer wieder in Richtungen umschwenken, die oftmals koinzidentuell bestimmt und somit kaum vorhersagbar sind. Angesichts der Machtfragmentierung, die in den postsozialistischen Staaten existiert, sind jedoch gesellschaftliche Verhandlungen die einzige verbleibende Möglichkeit des Neuaufbaus institutioneller Ordnungen.

An diesem Punkt läßt sich nun die differenzierungstheoretische Perspektive wieder einbringen. Gesellschaftlich funktional erforderlich ist, daß die institutionellen Lösungen, die in Policy-Netzwerken ausgehandelt werden, die Entfaltung der teilsystemischen Potentiale gestatten. Es muß also ein Gleichgewicht gefunden werden, das die Steuerung des Ganzen und die Selbststeuerung der Teile produktiv verknüpft. Die geschilderte Logik der Verhandlungen in Policy-Netzwerken könnte diesen Bedingungen in besonderer Weise entsprechen, und zwar auf zweierlei Weise:

- Die Korporatisierung der Akteure bringt die teilsystemischen Perspektiven in die Netzwerke ein, sorgt also dafür, daß die Suche nach möglichen Lösungen auf die Belange der Teilsysteme Rücksicht nimmt. So wird ein – gesamtgesellschaftlich funktionaler – *Orientierungsdissens zwischen den Teilsystemen* installiert.
- Auf dieser Basis produzieren Verhandlungsprozesse einen Zwang, über die Systemgrenzen hinausreichende *spezifische Interessenkonsense zwischen den korporativen Akteuren* zu finden (vgl. Schimank 1992b, Weyer 1993). Dieser Zwang garantiert das Maß an Pluralität, das eine Gesellschaft benötigt, um ihre Innovationsfähigkeit zu erhalten.

Grundsätzlich gibt es zwei Alternativen zu einer verhandlungsgestützten Transformation, die jedoch beide ein höheres Risiko in sich bergen:

- Die autoritäre Verordnung neuer institutioneller Strukturen. Dieser Weg ist zwar vordergründig effektiver; der institutionelle Neuaufbau kann sich jedoch in viel geringerem Maße auf das gesellschaftliche Wissen stützen, das

dezentral verstreut ist. Zudem birgt diese Variante das Risiko der Verselbständigung der politischen Herrschaftsformen der Übergangsphase, wie dies etwa in der SBZ/DDR nach 1945 der Fall war.

- Die spontane, völlig ungesteuerte Emergenz neuer institutioneller Ordnungen. Dieser evolutionäre Prozeß ist in seinen Abläufen und Wirkungen völlig unberechenbar.

Gegenüber diesen beiden hochriskanten Varianten erscheinen verhandlungsgesteuerte Transformationsprozesse als eine plausible Alternative. Die institutionellen Ordnungen entwickeln sich zwar schwerfälliger und langsamer; die in Policy-Netzwerken entstehende Mischung von Differenzierung und Integration ebnet jedoch einen Weg, der vielversprechend erscheint, weil er – trotz aller Probleme des Übergangs – auf institutioneller Ebene ein langfristiges Potential zur Bewältigung des Modernisierungsprozesses wie auch seiner Folgen schafft.

Diese Überlegungen gewinnen an Plausibilität, wenn man sich die Entwicklungsaufgabe vergegenwärtigt, der sich postsozialistische Gesellschaften gegenübersehen, sofern sie sich an westlichen Vorbildern orientieren. Postsozialistische Gesellschaften auf der einen, hochentwickelte westliche Gesellschaften auf der anderen Seite stehen auf jeweils andersartigen Stufen eines logischen Entwicklungsmusters moderner Gesellschaften. Die postsozialistischen Gesellschaften sind durch die Umbrüche auf den Weg *von einer blockierten zu einer freigesetzten funktionalen Differenzierung* geschickt worden, während die westlichen Gesellschaften gerade begonnen hatten, sich auf den Weg *von einer freigesetzten zu einer gezügelten funktionalen Differenzierung* zu begeben. Der erste Schritt ist der Vorgang der *basalen* gesellschaftlichen Modernisierung, der für die westlichen Gesellschaften beim Übergang von früh- und vormodernen Gesellschaften zu modernen Gesellschaften stattfand. Die zweite Wegstrecke bezeichnet die *reflexive Modernisierung*, also das Reagieren des Modernisierungsprozesses auf sich selbst – mit dem Ziel, die selbstzerstörerischen Tendenzen in den Griff zu bekommen, die sich vor allem in ökologischen Gefährdungen manifestieren (vgl. Beck 1986). Postsozialistische Gesellschaften stehen vor dem Problem, das Kunststück einer »doppelten Modernisierung« (Klein 1994: 41) fertigbringen zu müssen: also funktionale Differenzierung *uno actu* freizusetzen *und* zu zügeln. Ob dies gelingen kann, steht keineswegs fest – aber wenn es eine Chance gibt, dann wohl nur mit Hilfe von Verhandlungsnetzwerken.

3. Fazit und Plädoyer für eine neue Theorieperspektive

Zur Erklärung der gesellschaftlichen Umbrüche in Osteuropa schlagen wir somit vor, mehrere Theorieperspektiven zu kombinieren (vgl. auch Reißig 1994: 336). Nach unserer Einschätzung erweist sich folgende Kombination von drei untereinander anschlussfähigen Komponenten als besonders erklärungskräftig:

- der systemtheoretisch geprägten Theorie gesellschaftlicher Differenzierung – zur Diagnose von chronischen Instabilitäten einer »blunted differentiation«,
- der durch die Rational-Choice-Perspektive geprägten Theorie kollektiven Handelns – zur Erklärung der akuten Destabilisierung von Gesellschaften durch die Aggregationseffekte individuellen Handelns
- und der politikwissenschaftlichen Theorie der Policy-Netzwerke – zur Erklärung von Vorgängen der gesellschaftlichen Restabilisierung durch die Schaffung neuer institutioneller Ordnungen.

Ohne eine solche – hier nur skizzierbare und weiter auszuarbeitende – Theoriekombination läuft die soziologische Analyse der in Osteuropa stattfindenden gesellschaftlichen Umbrüche an den Realitäten vorbei.

Literatur

- Beck, U. (1986), Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.
- Beck, U. (1992), Verkannte Propheten. Der Untergang des Kommunismus: drei frühe Voraussagen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.1992.
- Boudon, R. (1984/1986), Theories of Social Change. A Critical Appraisal. Oxford.
- Brunsson, N. (1982), The Irrationality of Action and Action Rationality: Decisions, Ideologies and Organizational Actions, in: Journal of Management Studies 19, 29-44.
- Colomy, P. (1990), Revisions and Progress in Differentiation Theory, in: J.C. Alexander/P. Colomy (eds.), Differentiation Theory and Social Change. Comparative and Historical Perspectives, New York, 465-495.
- Dahrendorf, R. (1965/1974), Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München.
- Elster, J. (1979/1987), Subversion der Rationalität, Frankfurt a. M./New York.
- Habermas, J. (1981/1988), Theorie des kommunikativen Handelns (2 Bde.), Frankfurt a. M.
- Hirschman, A.O. (1970), Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge, Mass.
- Hirschman, A.O. (1992), Wir weinen ihnen keine Träne nach. Das Zusammenspiel von Abwanderung und Widerspruch beim Untergang der DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1992 (Beilage Bilder und Zeiten).

- Klein, D. (1994), Eine mehrdimensionale, kritische Deutung der ostdeutschen Transformation, in: BISS public. Wissenschaftliche Mitteilungen aus dem Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien, H. 13 (1994), 33-44.
- Luhmann, N. (1986), Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen.
- Mayntz, R. (1993), Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: A. Héritier (Hg.), Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Opladen, 39-56.
- Merkel, W. (1994), Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, in: ders. (Hg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, 303-332.
- Meyer, J.M./Rowan, B. (1977), Institutionalized Organisations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: *American Journal of Sociology* 83, 340-363.
- Mühler, K./Wippler, R. (1993), Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45, 691-711.
- Opp, K.-D. (1991), DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 302-321.
- Parsons, T. (1964/1979), Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: W. Zapf (Hg.), *Theorien des sozialen Wandels*, Köln, 55-74.
- Pollack, D. (1990), Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 19, 292-307.
- Prosch, B./Abraham, M. (1991), Die Revolution in der DDR, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 43, 291-301.
- Przeworski, A. (1986), Some Problems in the Study of the Transition to Democracy. In: G. O'Donnell/ P.C. Schmitter/ L. Whitehead (eds.), *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Vol. 2, Baltimore, 47-63.
- Reißig, R. (1994), Transformation. Theoretisch-konzeptionelle Ansätze und Erklärungsversuche. In: *Berliner Journal für Soziologie* 4, 323-343.
- Scharpf, F.W. (1990), *Games Real Actors Could Play: The Problem of Connectedness*. In: MPIFG-Discussion Paper 90/8, Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Scharpf, F.W. (1991), *Games Real Actors Could Play: The Challenge of Complexity*, in: *Journal of Theoretical Politics*, 3, 277-304.
- Schattschneider, E.E. (1960/1975), *The Semisovereign People. A Realist's View of Democracy in America*. Hinsdale, Ill.
- Schelling, T. (1960), *The Strategy of Conflict*. Cambridge, Mass.
- Schimank, U. (1992a), Erwartungssicherheit und Zielverfolgung. Sozialität zwischen Prisoner's Dilemma und Battle of the Sexes, in: *Soziale Welt* 43, 182-200.
- Schimank, U. (1992b), Spezifische Interessenkonsense trotz generellem Orientierungsdissens: Ein Integrationsmechanismus polyzentrischer Gesellschaften, in: H.-J. Giegel (Hg.), *Kommunikation und Konsens in modernen Gesellschaften*, Frankfurt a. M., 236-275.

- Tietzel, M., et al. (1991), *Die Logik der sanften Revolution. Eine ökonomische Analyse*, Tübingen.
- Tsebelis, G. (1994), *Decisionmaking in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism, and Multipartism*. Manuskript.
- Weyer, J. (1993), *Akteurstrategien und strukturelle Eigendynamiken. Raumfahrt in Westdeutschland 1945-1965*, Göttingen.
- Zapf, W. (1991), *Modernisierung und Modernisierungstheorien*, in: W. Zapf (Hg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*, Frankfurt a. M., 23-39.